

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine einer Kooperation zwischen der BRANDSTUVE (Brandenburgische Studierendenvertretung) und den GEW Studis Brandenburg

1. Im TK-Gesundheitsreport 2023 gaben rund 70% der befragten Studis an, stressbedingt erschöpft zu sein. Prüfungsdruck (51%), Mehrfachbelastung durch Studium und Job (33%), Leistungsdruck (28%), umfangreicher Lernstoff (28 Prozent) sowie finanzielle Sorgen (23%) sind einige der Faktoren, die weitere gesundheitliche Probleme hervorrufen. Was möchte Ihre Partei dbzgl. hochschulpolitisch verbessern?

Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, dass nicht nur jede:r ein Studium beginnen, sondern es auch beenden kann. Wir machen uns stark für Studienbedingungen, die zu jedem Leben und Lebensabschnitt passen. Im Zuge der Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes haben wir folgende Vorschläge unterbreitet (siehe Drucksache 7/8922), an denen wir auch in Zukunft festhalten wollen:

Um die finanzielle Situation der Studierenden zu verbessern, wollen wir sämtliche Gebühren, die im Zusammenhang mit dem Studium entstehen, abschaffen und durch Landesmittel kompensieren. Dazu zählen die Immatrikulations- und Rückmeldegebühren genauso wie Kosten für Lehr- und Lernmittel oder Gebühren für Zertifikatsnachweise wie bspw. Sprachtests.

Daneben wollen wir es vereinfacht ermöglichen, in Teilzeit zu studieren, um die Lebensrealität vieler Studierender mit Lohn-, Care- oder ehrenamtlicher Arbeit anzuerkennen. Auch ein Urlaubssemester muss ohne Hürden möglich sein. Wir unterstützen die Forderung nach einem studentischen Tarifvertrag und wollen, dass (Pflicht-)Praktika in den Einrichtungen des Landes auskömmlich vergütet werden. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene für eine umfängliche Reform für ein elternunabhängiges, nicht rückzahlungspflichtiges BAföG ein.

Um das Lernklima an den Hochschulen zu verbessern, haben wir umfängliche Vorschläge zur Demokratisierung der Hochschulen unterbreitet. Die Einführung von Department-Strukturen und Viertelparität in allen Gremien der Hochschulen halten wir für ein geeignetes Mittel, um die Hochschulen zu Orten des Miteinanders umzugestalten. Hierbei gehen für uns gute Lehre und gutes Lernen Hand in Hand. Wir sind davon überzeugt, dass gute Lernbedingungen nur möglich sind, wenn die Arbeitsbedingungen für wissenschaftliche Mitarbeiter:innen nachhaltig verbessert werden. Hierzu zählen bspw. der Ausbau unbefristeter Stellen sowie die verbindliche Reduzierung von Lehrdeputaten in der Lehrverpflichtungsverordnung.

2. Wie beabsichtigt Ihre Partei für Entstehung (Neubau) bezahlbaren Wohnraums bzw. Erhalt (Sanierung/ Aufstockung) zu sorgen? Wie steht Ihre Partei: (1) zur Einführung einer eigenen Förderrichtlinie zum stud. Wohnen, (2) der Vergesellschaftung von priv. Wohnheimen, (3) zur Fortführung bzw. Durchsetzung der im aktl. Koalitionsvertrag festgelegten Versorgungsquote von 20 % für alle Hochschulstandorte?

Wohnraum ist eine der drängendsten Fragen für junge Menschen und mittlerweile oft entscheidend für die Wahl des Studienstandortes. Ein wichtiger Partner für die Schaffung von mehr Wohnraum für Studierende sind für uns die Studierendenwerke. Wir sind überzeugt, dass das Land vor allem durch die Unterstützung der Studierendenwerke eine Verbesserung der Wohnraumversorgung erzielen kann.

- (1) Wir stehen voll und ganz hinter der Forderung nach einer eigenen Förderrichtlinie für studentischen Wohnraum. In unserem Antrag „Studierende brauchen Wohnraum!“ ([Drucksache 7/9082](#)) in der jetzt ablaufenden Legislaturperiode haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, eine eigenständige Förderrichtlinie für den Bau und die

Sanierung von studentischem Wohnraum durch die Studierendenwerke zu erarbeiten. Um die Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen zu erhöhen, haben wir ebenfalls vorgeschlagen, dass das Land gemeinsam mit den betreffenden Kommunen und den Studierendenwerken nach geeigneten Flächen für den Neubau weiterer Wohnheime suchen und diese ggf. in öffentliche Hand überführen sollte. Wir werden auch nach der Landtagswahl 2024 nicht hinter dieser Forderung zurückfallen und wollen für die Sanierung und den Neubau ein Investitionsprogramm auf den Weg bringen.

- (2) Der Vergesellschaftung von privaten Wohnheimen stehen wir positiv gegenüber. Wichtig für uns ist aber vor allem, dass weder Flächen des Landes noch Wohnraum aus öffentlicher Hand an private Investor:innen geht, wie in der vergangenen Legislatur durch die Regierung erwogen. Einen Verkauf von landeseigenen oder kommunalen Liegenschaften an Dritte wird es mit uns nicht geben.
- (3) Wir sind der Auffassung, dass es dringend notwendig ist, an der Versorgungsquote mit mindestens 20% an allen Hochschulstandorten festzuhalten. Leider sind wir insbesondere im Bereich des Studierendenwerks Westbrandenburg noch immer weit von dieser Zielmarke entfernt. Mietsteigerungen, Verdrängungsprozesse und der allgemeine Mangel an bezahlbarem Wohnraum auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt verlangen sogar, dass wir die Quote der Mindestversorgung nach oben korrigieren.

3. Im Zuge internationaler Konflikte und Kriege sowie einer veränderten sicherheitspolitischen Situation wird aktuell wieder über die Einführung bzw. Abschaffung der Zivilklausel (je nach Standort) diskutiert. Befürwortet Ihre Partei die landesweite Einführung einer Zivilklausel für die landeseigenen wissenschaftlichen Einrichtungen?

Die Linke Brandenburg befürwortet die Einführung einer Zivilklausel für Forschung und Lehre an den landeseigenen wissenschaftlichen Einrichtungen. Wir stehen für eine friedliche und gewaltfreie Gesellschaft, in der Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungen in Freiheit und Sicherheit leben können sollen. Gemäß dieser Zielsetzung muss jede Form einer militärischen Auseinandersetzung innerhalb der Gesellschaft oder zwischen Staaten abgelehnt werden. Dementsprechend sollte es Ziel der durch öffentliche Gelder finanzierten Wissenschaften sein, nach friedvollen Lösungen für Fragen der Gegenwart zu suchen. Im Zuge der Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes hat die Fraktion Die Linke im Landtag Brandenburg die Einführung einer Zivilklausel beantragt (siehe [Drucksache 7/8922](#)), die sich an der Zivilklausel des durch das Bundesverfassungsgericht bestätigten Hessischen Universitätsgesetzes von 1974 orientiert. In Anerkennung der Hochschulautonomie und der Wissenschaftsfreiheit, die sich aus Art. 5 III GG ergibt, sehen wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Verantwortung, (mögliche negative) gesellschaftliche Fragen der Verbreitung und Nutzung ihrer Forschungsarbeit zu bedenken – insbesondere vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und globaler Krisen. Darüber hinaus wollen wir ausschließen, dass die Bundeswehr Drittmittelgeber für die Forschung an den Hochschulen im Land Brandenburg ist.

4. Nach dem Ende der letzten Tarifrunde der Länder im Dezember 2023, die eine schuldrechtliche Vereinbarung für studentisch Beschäftigte zum Ergebnis hatte, steht bereits Ende 2025 die nächste Tarifrunde an. Wird sich ihre Partei – im Falle einer Regierungsbeteiligung – für eine Tarifierung der studentischen Beschäftigten in den Verhandlungen einsetzen?

Ja. Die Linke Brandenburg steht weiterhin an der Seite der studentischen Beschäftigten und sieht die Notwendigkeit eines echten Tarifvertrages als dringend gegeben an.

5. Laut Zahlen aus dem Februar 2023 besteht an den Brandenburgischen Hochschulen ein Sanierungsstau in Höhe von 460 Millionen Euro. Gleichzeitig haben die meisten Hochschulen einen

Flächenbedarf, der deutlich über den Bestandsflächen der Einrichtungen liegt. Was möchte Ihre Partei dieser Entwicklung entgegensetzen?

Der große Sanierungsstau an den Brandenburgischen Hochschulen sowie in den Cafeterien und Mensen wurde nicht zuletzt durch unsere Kleine Anfrage (siehe [Drucksache 7/7189](#)) sowie durch das auf unsere Initiative durchgeführte Fachgespräch „Sanierungsstau und Bauvorhaben an den Brandenburger Hochschulen“ im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Brandenburger Landtages am 14. November 2023 ganz offensichtlich, nachdem das Problem jahrelang kleingeredet wurde. In Folge dieser Erkenntnisse haben wir die Landesregierung in einem Antrag dazu aufgefordert, ein Landesprogramm für den Hochschulbau vorzubereiten, welches u.a. eine umfassende Bedarfsanalyse, die Aufstockung von Mitteln und die Verbesserung der Personalsituation im Brandenburgischen Amt für Liegenschaften und Bauen beinhalten sollte (siehe [Drucksache 7/8855](#)). Hinter dieser Forderung werden wir auch in der kommenden Legislatur nicht zurückfallen. In jedem Fall zeigt der fortgeschrittene Sanierungsstau den dringenden Handlungsbedarf und muss im Hochschulbereich in der kommenden Legislatur priorisiert angegangen werden.

6. Durch die hohe Inflation sowie der deutlichen Erhöhung der Studiwerks-Beiträge sind Studis weiterhin finanziell stark belastet. Neben bezahlbarem Wohnraum ist auch die leibliche Versorgung in den Mensen von hoher Bedeutung. Hier wurden die Essens-Preise zuletzt konstant und z.T. drastisch erhöht. Wie will Ihre Partei gewährleisten, dass die Mensapreise in Brandenburg nicht weiter erhöht werden?

Dass die Beiträge der Studierenden steigen, während die Landesförderung für die Studierendenwerke seit zehn Jahren stagniert, ist vor allem eins: ungerecht. Dass diese Schieflage entstanden ist, ist jedoch kein Verschulden der Studierendenwerke, sondern einem Regierungshandeln geschuldet, das die Belange der Studierenden zu oft außer Augen verliert. Studierende sind durch Preissteigerungen in allen Lebensbereichen ohnehin stark belastet und sollten nicht die fehlende Unterstützung des Landes kompensieren müssen. Wir wollen einen Preis-Stopp in Mensen und Wohnheimen: Mit Hilfe der Landesförderung wollen wir die Preise in den Mensen und Wohnheimen stabilisieren und weitere Erhöhungen, inklusive der Semesterbeiträge für die Studierendenwerke verhindern. Um eine weitere finanzielle Belastung der Studierenden zu vermeiden, ist für uns eine Erhöhung der finanziellen Hilfen des Landes unerlässlich. Hierfür werden wir uns bei den Haushaltsverhandlungen einsetzen. Die Studierendenwerke sind aus Sicht der Linken Brandenburg ein zentraler Partner des Landes bei der Gestaltung der sozialen Rahmenbedingungen des Studiums. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass sie bei ihren Aufgaben bestmöglich organisatorisch und finanziell unterstützt werden.

7. Gegen Machtmissbrauch und Diskriminierung: Plant Ihre Partei unabhängige Beschwerdestellen an allen staatlichen Hochschulen verbindlich einzuführen?

Den Vorschlag unabhängiger Beschwerdestellen erachten wir als unterstützenswert. Eine solche Konzipierung und Einführung sollten aus unserer Sicht durch eine enge Zusammenarbeit mit Studierenden und Mitarbeitenden, aber auch mit den Beauftragten begleitet werden. Um Machtmissbrauch und Diskriminierung vorzubeugen wollen wir die Auseinandersetzung mit Macht und Privilegien an den Hochschulen, aber auch in den Lehrinhalten unterstützen. Nicht zuletzt ist auch die Stärkung von Diversität an den Hochschulen ein wichtiger Schritt, um das Lehr- und Lernumfeld zu verbessern. Wir befürworten eine aktive Förderung von migrantischen und weiblichen Beschäftigten in der Wissenschaft und wollen uns darüber hinaus dafür einsetzen, dass mehr Schutzräume geschaffen werden.

8. Nachhaltigkeit: Auf welchem Wege und bis wann sollen die Brandenburgischen Hochschulen klimaneutral werden?

Landeseinrichtungen im Allgemeinen und Hochschulen im Speziellen haben eine herausgehobene Verantwortung und Vorbildfunktion zum Erreichen der Klimaneutralität. Hierzu, sowie zum Kampf gegen den Klimawandel verpflichtet sie auch § 3, Absatz 3 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes. In dessen Konsequenz müssen alle Bereiche der Hochschulen systematisch auf ihre Klimafolgen analysiert und auf klimaneutrale Varianten umgestellt werden. Dabei ist klar: Insbesondere große Maßnahmen, wie die energetische Sanierung oder die Umstellung der Energieversorgung auf klimaneutrale Angebote, gelingen nur mit Hilfe einer schnellen, unbürokratischen und ausreichenden finanziellen Unterstützung des Landes. Zusätzliche Anreize für Projekte zur Erlangung der Klimaneutralität könnte das Land zudem gezielt fördern oder in den Hochschulverträgen verankern. Viele konkrete Vorschläge, wie die Umstellung auf ein regionales Bio – Essensangebot in den Mensen oder zur Veränderung der Campusgestaltung gibt es bereits in den Hochschulen. Zu häufig scheidet es jedoch an einer langfristigen Unterstützung.

Entscheidend für die Eindämmung des Klimawandels ist neben der Energie- und einer Bauwende natürlich auch die Verkehrswende. Wir müssen weg von dem motorisierten Individualverkehr, der fossile Ressourcen vernichtet. Auch aus diesem Grund ist ein günstiges Semesterticket und ein gut ausgebauter ÖPNV des Landes essentiell.

9. Für jeden Studi* verhandeln die Studierendenschaften jedes Jahr mit dem VBB um ein Semesterticket im Solidarmodell. Das Deutschland-Semesterticket ist eine große Errungenschaft, die aufgrund unzureichender Finanzierungsmodelle allerdings immer wieder in Frage steht. Welche Verantwortung sieht Ihre Partei darin, sich auf Landesebene für den Erhalt sowie die Preisstabilität des Tickets einzusetzen?

Aufgrund der angespannten Lage um das (vergünstigte) Deutschlandticket steht das Land unbedingt in der Verantwortung, bei Bund-Länder-Verhandlungen auf die Fortführung des Angebots hinzuwirken. Wir haben in der vergangenen Legislatur die Landesregierung immer wieder dazu aufgefordert, sich produktiv an der Klärung der offenen Finanzierungs- und Umsetzungsfragen zu beteiligen (vergl. [Drucksache 7/6686](#)) und werden auch in Zukunft auf eine Lösung drängen.

Mobilität ist ein Grundrecht. Sollte der Bund die Fortführung des Deutschlandtickets in Frage stellen, liegt es in der Verantwortung des Landes, weiterhin eine sozial verträgliche Lösung für Studierende sowie auch für andere Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zur Verfügung zu stellen. Seit Einführung des Deutschlandtickets ist unsere Forderung daher ein Bildungs- und Sozialticket in der Höhe von maximal 29€ pro Monat. Dieses Ticket könnte sich an Studierende, FSJler:innen, Azubis, Schüler:innen und Rentner:innen oder Beziehende von Sozialhilfe gleichermaßen richten. Günstige Mobilität per Bus und Bahn ist nicht nur eine soziale Frage, sondern auch für den Klimaschutz unerlässlich.

10. Vision Hochschule 2029: Im Zuge der Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes wurde über viele Themen kontrovers diskutiert, die bisher noch nicht umgesetzt wurden. Dies betrifft z.B. die Einführung von Department-Strukturen oder die Demokratisierung von Hochschulgremien (bspw. Mehrheitsverhältnisse). Wie wird Ihre Partei die Hochschule der Zukunft gestalten?

Für uns ist klar: Wissenschaft muss der Motor für gesellschaftliche Innovation, nicht allein für wirtschaftliches Wachstum sein. Mit gezielter Förderung wollen wir kritische und innovative Forschung unterstützen und die Universitäten und Hochschulen darin begleiten, Nachhaltigkeit, Vielfalt, Inklusion und Chancengleichheit im Wissenschaftsbetrieb voranzubringen. Wir wollen das beides möglich ist: progressive Spitzenforschung und gute Bedingungen für Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wir sind überzeugt, dass dies am besten gelingt, wenn

alle Mitglieder der Hochschule gleichberechtigt mitbestimmen können, wie an den Hochschulen gelernt, geforscht und gearbeitet wird. Aus diesem Grund stehen wir nach wie vor hinter der Forderung nach Department-Strukturen, die wir auch im Novellierungsprozess des Brandenburgischen Hochschulgesetzes gefordert haben. Wir möchten die Hochschulen, die sich bereits auf diesen Weg begeben haben, bei der Umsetzung der Department-Strukturen unterstützen und zugleich stärkere Anreize für die anderen Hochschulen setzen, es ihnen gleich zu tun. Die Einführung der Viertelparität erachten wir als elementar, um diese Umstrukturierung auch in den Gremien demokratisch zu begleiten.

Zugleich ist es für uns als Linke Brandenburg wichtig, die Hochschulen bei der Erfüllung der zahlreichen, an sie gestellten Aufgaben angemessen finanziell zu unterstützen. Wir werden den jährlichen Mittelaufwuchs für die Hochschulen um 5 Millionen Euro weiterführen und daneben Akzente für unterschiedliche Anforderungsprofile setzen. Wir wollen den Einfluss privater Investoren und Dritter auf die Forschung zurückdrängen und es als Land selbst in die Hand nehmen, mit den Hochschulen den Weg in die Zukunft zu gehen.